

# „Der mittelenglische Umgang“

Wie Berliner Hausbesetzer Walter Momper rot-grünes Senatsbündnis sprengen

Im Amtszimmer des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper, 45, im ersten Stock des Schöneberger Rathauses tagte eine Krisenrunde der Sozialdemokraten. Der Anlaß war fast schon Routine: Die Alternative Liste (AL) hatte wieder mal mit dem Ausstieg aus dem Regierungsbündnis gedroht.

Einige Genossen feixten, die „Alis“ würden ihre Entscheidung sicher auf einen Termin verschieben, an dem sie völlig bedeutungslos wäre – auf den 2. Dezember, an dem in Berlin ohnehin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird. Doch da täuschten sich die Sozis.

Denn im Parterre rangen sich, am Donnerstag vergangener Woche, Fraktion und Vorstand der AL in siebenstündiger Beratung zum Absprung durch – zum drittenmal in einem Bundesland, nach Hessen und Hamburg, platzte eine ökosoziale Koalition. Um 17.38 Uhr überbrachte Fraktionschefin Renate Künast, 34, ihrem SPD-Kollegen Ditmar Staffelt, 41, die Kündigung.

Nach 20 Monaten strapaziöser Kooperation war die rot-grüne Koalition am Ende – 17 Tage vor der ersten Gesamt-Berliner Wahl seit 1946. Die drei von der AL gestellten Senatorinnen kündigten an, am Montag dieser Woche ihren Rücktritt einzureichen; ein Mißtrauensantrag gegen Momper soll folgen.

Anlaß zum Bruch des Bündnisses, das AL-Vorständler Hans-Christian Ströbele beim Start im März vorigen Jahres als „Jahrhundertchance“ bejubelt hatte, war die Räumung von 16 besetzten Häusern in den Ost-Berliner Stadtbezirken Lichtenberg, Prenzlauer Berg und Friedrichshain, die am Wochenbeginn schwere Krawalle auslöste.

Beobachter fühlten sich von den bürgerkriegsähnlichen Szenen erinnert an die „No-go-areas“ in Nordirland (*Süddeutsche Zeitung*); Momper attestierte den Randalierern „blanke Mordlust“; in mehreren deutschen Städten zertrümmerten Vermummte nachts Schaufensterscheiben, um sich mit den Hausbesetzern in den Berliner „Haßburgen“ (Szene-Jargon) zu solidarisieren.

Die AL wirft der SPD vor, sie habe die neue Welle der Gewalt ohne Not provoziert. „Schon die Räumungen am Montag früh“, behauptete Renate Künast, seien „ein großer politischer Fehler“ und „der erste Schritt in einen Scherbenhaufen“ gewesen.

Von dieser Kritik wiederum zeigten sich SPD-Politiker befremdet. Denn die Immobilien Pfarrstraße 110 und 112 sowie Cotheniusstraße 16 waren erst nach der Vereinigung der Stadt am 3. Oktober okkupiert worden. Nach einem am 24. Juli gefaßten Beschluß von Senat und Magistrat, Neubesetzungen fortan nicht mehr hinzunehmen, entsprach die Räumung also der „Berliner Linie“, die auch die AL zuvor akzeptiert hatte.



**Polizeisenator Pätzold**  
Gewalt provoziert?

Dieses Befriedungskonzept, 1981 vom damaligen Regierenden Bürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) entwickelt und von seinen CDU-Nachfolgern Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen übernommen, sieht vor, länger zurückliegende Hausbesetzungen zu tolerieren, solange die Eigentümer keinen Räumungsantrag stellen und kein Nutzungskonzept vorlegen. Lediglich frische Besetzungen fallen nicht unter den Kompromiß.

Die prompte Räumung, die mithin angesagt war, führte zu den bisher schwersten Berliner Ausschreitungen seit dem 1. Mai letzten Jahres. Kulisse des Aufruhrs war das Gebiet um die Mainzer Straße.

\* Mittwoch vergangener Woche in der Mainzer Straße.

Straße in Friedrichshain, wo einst Heinrich Zille sein Milljöh strichelte und wo seit mehr als einem halben Jahr in baufälligen Gemäuern Hunderte von Besetzern campieren. Offenbar in der Erwartung, als nächste dran zu sein, errichteten sie Barrikaden auf der Frankfurter Allee, einer der Haupt-Magistralen Ost-Berlins.

Was nach dem Eindruck von Bärbel Bohley, der um Vermittlung bemühten einstigen DDR-Bürgerrechtlerin, lediglich in „einer Mischung aus Trotz und Angst“ begonnen hatte, eskalierte noch in derselben Nacht zur „Chaoten-Schlacht“ (*Bild*).

Auf dem Kiez beleuchteten flackerndes Blaulicht und brennende Barrikaden Szenen blinder Zerstörung: Gewalttäter mit Schlitzmützen schleuderten Stahlkugeln und warfen Brandsätze auf Beamte, Autos und Straßenbahnwaggons gingen in Flammen auf. Allein in der ersten Krawallnacht zählte die Polizei 137 Verletzte in den eigenen Reihen.

Innensenator Erich Pätzold (SPD) orderte Verstärkung durch Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Polizei aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, insgesamt 2100 Mann. Die Ein-



**Polizeieinsatz in Berlin-Ost\***: „Von den

satzkräfte mußten, wie der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Burkhard von Walsleben, erkannte, „eine in unserer Stadt noch nie erkennbare menschenverachtende Brutalität gegenüber Polizisten“ verkraften. „Boxhagener Str. / Mainzer Str. wird durch vermummte Person Straßenbahn angehalten und beschmiert, Waggons werden als Hindernis verwendet“, meldete am Mittwoch um 6.12 Uhr der polizeiliche Verlaufsbericht. Danach ging es Schlag auf Schlag:

ab 06.30 einsatzkräfte werden in den bereichen mainzer str./frankfurter allee und mainzer str./boxhagener str. von den dächern massiv mit brandflaschen, steinplatten, brethern und anderen gegenständen beworfen und mit leuchtmunition beschossen ... störer über cb-funk geführt. intensiver einsatz der wasserwerfer.

06.57 weiterhin äußerste gewaltanwendung gegen vorgehende einsatzkräfte, insbesondere durch werfen von brandflaschen, so daß einnahme der dächer durch sek-kräfte über baugerüste nicht möglich ist.

07.40 mainzer str. (südbereich) werden durch einen polizeibeamten warnschüsse abgegeben, nachdem gezielter angriff mit sprengmitteln, brandflaschen, signalmunition und gefechtsdarstellungsmitteln erfolgt ist. beamte verletzt ins krankenhaus.

07.54 mainzer str. (südbereich) werden auf den dächern schornsteine abgerissen und das material auf einsatzkräfte geworfen.

08.07 sek-kräfte besetzen das dach mainzer str. 12a ... die gewaltanwendung der

straftäter gegen die einsatzkräfte erreichte ein bisher unbekanntes maß an harte und menschenverachtung.

Als die Besetzer Barrikaden bauten, eine gekaperte Straßenbahn in Brand setzten und, so Momper, „mit Baggern Gräben auf-rissen, haarscharf am Gasrohr vorbei“, rückte die Polizei gegen die Anarchos vor.

Die grüne Fraktionschefin Künast beklagt, daß die AL von dem Vorgehen der Polizei vorab „weder informiert noch konsultiert“ worden sei und daß Innen-senator Pätzold „Vermittlungsversuche“ von AL-Abgeordneten „unbeantwortet“

gelassen habe. Gerade mit den vermummten Militanten hätten die SPD-Verantwortlichen „den mittelenglischen Umgang pflegen“ müssen, um weitere Eskalation zu vermeiden.

Friedrichshainer Bezirkspolitiker fühlen sich an ein „okkupiertes Land“ erinnert. Ähnlich einschlägige Erfahrungen machten auch die Räumkommandos: Die meisten Ost-Besetzer waren West-Besetzer.

Unter den 347 vorläufig Sistierten aus der Mainzer Straße stammten mehr als drei Viertel aus dem Westen. 77 Festgenommene hatten es bereits zuvor zu einem Eintrag im Computer des Bundeskriminalamts gebracht – Rubrik „reisende“ Gewalttäter.

In der Mainzer Straße, folgert Innensenator Pätzold aus solchen Daten, habe es sich „weder um Jugendprobleme, geschweige denn die von Ost-Jugendlichen, gehandelt noch um Fragen der Wohnungsnot“. Die mit diversen Funkanlagen ausgestattete Einsatzzentrale der Besetzer in der Mainzer Straße 5 sowie ein Teil der vorgefundenen Tatwerkzeuge ließen zudem darauf schließen, daß versierte Häuserkampf-Strategen am Werk waren.

Sichergestellt wurden beispielsweise Flitzebogen mit scharf angeschliffenen Pfeilen, ein an die Unterseite einer Treppe gehängtes Nagelbrett mit scharfen Spitzen und Seilzug-Auslösung sowie zwei Ballonflaschen, Volumen 40 Liter, gefüllt mit Benzin und Motorenschmieröl. Wären die beiden Super-Mollies geworfen worden, hätten sie „die Wirkung einer Bombe gehabt und die ganze Straße in Flammen gesetzt“, sagt der Berliner Polizeipräsident Georg Schertz.

Ähnlich wie Napalm hätte die Ölbeimischung im Brandsatz gewirkt: Die



**Koalitionspartner Künast, Momper (Mai 1990)**  
Trouble mit dem „Regiermeister“

klebrige Flüssigkeit haftet an den Schutzanzügen, so daß sie sich, wenn die Beamten mit Feuer in Berührung gekommen wären, immer wieder aufs neue entzündet hätten.

Wer sich mit Gewalttättern dieses Schlages solidarisierte, hielt Momper der AL vor, „verbündet sich mit der falschen Seite“. Renate Künast weist den Vorwurf zurück: Die AL habe sich „zu keinem Zeitpunkt mit Gewalt solidarisiert“, sondern „beide Seiten zur Gewaltlosigkeit aufgefordert“.

Die AL-Fraktionschefin meint, es sei überflüssig gewesen, die Besetzer zu vertreiben: „In Ost-Berlin stehen 27 000 Wohnungen leer.“ Momper hält dagegen, daß im Ost-Teil Berlins 45 000 Menschen Wohnungen suchen, die vorhandenen jedoch weitgehend unbewohnbar sind: „Es kann nicht angehen, daß sich manche an der Schlange der Wohnungsuchenden, die ja in Ost-Berlin besonders groß ist, vorbeimogeln und sich selbst das nehmen, was sie an Wohnraum gebrauchen können.“

Zwar hatte der am 6. Mai gewählte Ost-Berliner Magistrat seit Monaten versucht, Hausbesetzungen zu legalisieren. Den Bewohnern wurden Mietverträge für einzelne Wohnungen angeboten.

Aber nur eine Minderheit hat sich bislang darauf eingelassen. Ein Ende Juni von Besetzern gebildetes „Vertragsgremium“, das angibt, für 77 Häuser zu sprechen, lehnt individuelle Vereinbarungen ab und fordert Globalverträge. Diese Kontrakte sollen, so Besetzer-Forderungen, nach Belieben mit Pseudonymen oder Spitznamen unterschrieben werden können, so daß im Konfliktfall kein Vertragspartner zu identifizieren ist.

Allerdings konnte der Magistrat bis zum Tag der Einheit auch keine Zwangs-



Dächern massiv beworfen und beschossen“

# „Die Besetzer sprechen Schwäbisch“

SPIEGEL-Interview mit Berlins Bürgermeister Walter Momper über Koalitionsbruch und Wahlaussichten

**SPIEGEL:** Herr Momper, Ihre bisherige Partnerin, die AL, hat Ihnen die Koalition auf- und ein Mißtrauensvotum angekündigt. Was empfinden Sie?

**MOMPER:** Ich bedauere das, zumal es zwei Wochen vor dem Wahltermin passiert. Und es schmerzt mich, weil der Mißtrauensantrag geeignet ist, die ganzen 20 Monate rot-grünen Senats im nachhinein für null und nichtig zu erklären.

**SPIEGEL:** Haben Sie den Bruch provoziert?

**MOMPER:** Nein. Die rot-grüne Koalition hat besser funktioniert, als viele meinen. Die Konflikte, die es gegeben hat, waren ja alles auch gesellschaftliche Konflikte, ob das der Streit um die Kernenergie im Zusammenhang mit dem Forschungsreaktor im Hahn-Meitner-Institut war, ob es die sehr wichtige Frage der Bebauung des Potsdamer Platzes war, ob das die Frage der Olympiade war. Um all diese Themen waren die Konflikte schon die öffentliche Auseinandersetzung wert, die darum geführt worden ist.

**SPIEGEL:** Die Zustimmung einer Mehrheit der Bürger haben Sie mit Ihrer Politik offenbar nicht erringen können. Nach einer Meinungsumfrage des Senats votieren derzeit nur ein Viertel der Wähler für Rot-Grün.

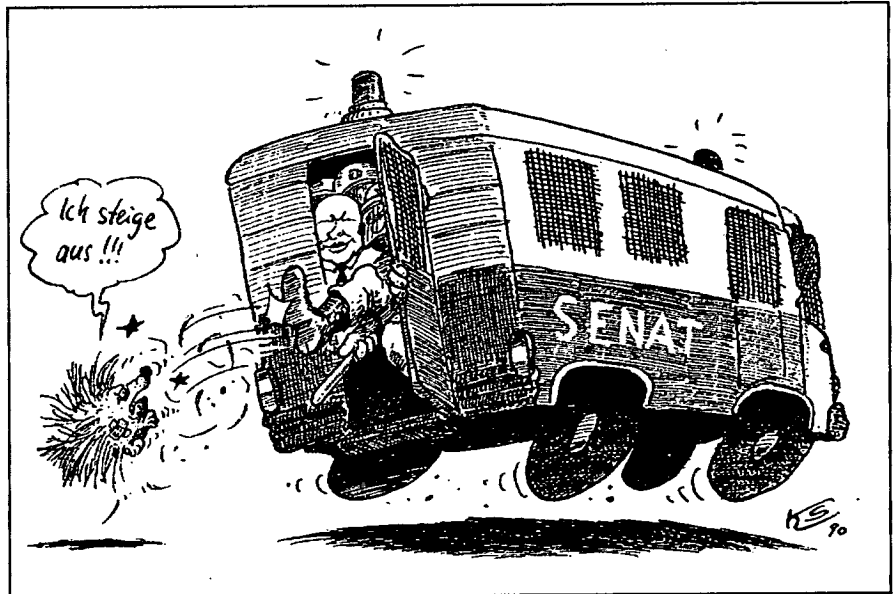
**MOMPER:** Nach derselben Meinungsumfrage liegt der Zuspruch beispielsweise zu einer Großen Koalition noch unvergleichlich niedriger. Die Leute sind nicht für Koalitionen, sondern für Parteien. Ich freue mich darüber, daß die Masse der sozialdemokratischen Wähler eine Alleinregierung der SPD wünscht, und das deckt sich mit meinem Wunsch.

**SPIEGEL:** Um allein regieren zu können, müßte die SPD zu den 37 Prozentpunkten der letzten Wahl gewaltig zulegen. Übernehmen Sie sich da nicht?

**MOMPER:** Das hat es in der Geschichte alles schon gegeben. Jetzt geht es um klare Verhältnisse in Berlin.

**SPIEGEL:** Die AL begründet ihren Ausstieg mit der vom SPD-Innensenator verfügen Räumung besetzter Häuser und der daraus entstandenen Eskalation der Gewalt ...

**MOMPER:** ... die Gewalt ist nicht durch die erste Räumung in ganz anderen Stadtbezirken ausgelöst worden, sondern dadurch, daß die militanten Autonomen aus der Mainzer Straße nicht nur im dortigen Umfeld Barrikaden gebaut, sondern auch die Frankfurter Allee, eine der Hauptverkehrsstraßen, abgesperrt haben. Dabei hat es einen unglaublichen



Die Tageszeitung

Ausbruch von Gewalt gegeben. Das hat dann überhaupt erst die Räumungsaktion vom Dienstag ausgelöst. Um den Bewohnern mit normalen Mietverträgen in der Mainzer Straße wieder ein normales Leben zu ermöglichen, mußte die Straße geräumt werden.

**SPIEGEL:** War die Gewaltexplosion nicht vorhersehbar?

**MOMPER:** Kalkulierbar war, daß es – wie immer nach Räumungen – Demonstrationen und Anschlußauseinandersetzungen geben würde. Aber überhaupt nicht kalkulierbar war diese Intensität der Gewalt, bei der der Tod von Polizeibeamten billigend in Kauf genommen wurde. Die neue Qualität ist doch, daß in großer Zahl Gehwegplatten von den Häusern geworfen wurden, daß es einen Hagel von Molotowcocktails gegen die Beamten gab, Signalmunition gezielt verschossen wurde – alles Anschläge, die geeignet sind, Menschen zu töten.

**SPIEGEL:** Wieso ist die Hemmschwelle derart tief gesunken?

**MOMPER:** Das ist ein allgemeines Phänomen, das auch in den Fußballkrawallen deutlich wird. Die Intensität der Gewalt wird von der Gesellschaft zunehmend akzeptiert. Es regen sich hierzu nur noch wenige darüber auf, wenn todbringende Geschosse von den Dächern fliegen.

**SPIEGEL:** Woher kommt diese Verrohung?

**MOMPER:** Wenn man Rambo im Fernsehen oder im Kino zeigt, darf man sich nicht wundern, wenn Menschen bereit sind, das in der Realität umzusetzen.

**SPIEGEL:** Gehört nicht auch der seit der Vereinigung gestiegene soziale Problemdruck zu den Ursachen?

**MOMPER:** Das glaube ich nicht. Die Herkunft der Festgenommenen nach den Krawallen dieser Tage hat gezeigt, daß es sich eindeutig um einen Randal-Export von West nach Ost handelt.



Räumung der besetzten Häuser\*

\* Mittwoch vergangener Woche in Berlin-Ost.

hat. Die Sprache der Besetzer ist bekanntlich Schwäbisch. In Kreuzberg etwa dominieren jene Kinder der süddeutschen Kleinstädte, die sich hier austoben und die verpaßten Indianerspiele ihrer Jugend nachholen – womit ich die Intensität der Gewalt nicht verharmlosen will.

**SPIEGEL:** Wird durch die Krawalle die Entscheidung, ob Berlin Regierungssitz wird, beeinträchtigt? Vor einer „Hauptstadt Kreuzberg“ haben Unionspolitiker ja schon gewarnt.

**MOMPER:** Es ist klar, daß sich einige in Bonn oder in Bayern die Hände reiben. Aber dies ist unser aller Jugend, auch die Jugend der Westdeutschen. In Berlin kündigen sich solche gesellschaftlichen Entwicklungen, wie sie der SPIEGEL gerade in der vorigen Nummer in seiner Titelgeschichte über Jugendbanden darstellt und analysiert hat, nur früher an.

**SPIEGEL:** Werden Sie der Empfehlung Ihres CDU-Vorgängers Eberhard Diepgen folgen und schon vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag zurücktreten?

**MOMPER:** Dazu habe ich keinen Anlaß. Ob die Räumung in der Mainzer Straße richtig war oder nicht – nur darum geht es bei diesem Mißtrauensvotum.

**SPIEGEL:** In diesem Punkt müßte Ihnen die CDU eigentlich das Vertrauen aussprechen.

**MOMPER:** Ich sehe der namentlichen Abstimmung mit Spannung entgegen. Denn das wird schon pikant, wenn die Alternative Liste mit den Republikanern und mit der CDU einen Regierenden Bürgermeister abwählen will, der 20 Monate lang das Flaggschiff der Koalition gewesen ist, die auch nach Auffassung der AL eine Fülle von vorzeigbaren Ergebnissen gebracht hat.

maßnahmen gegen die widerborstigen Bewohner ergreifen. Denn die Polizei unterstand bis zum 3. Oktober dem letzten DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel (CDU) – und der weigerte sich beharrlich, die Beamten zur Räumung besetzter Häuser einzusetzen.

Als Wahlkampfgetöse erweist sich denn auch der Vorwurf des christdemokratischen Oppositionsführers Eberhard Diepgen, 49, Senat und Magistrat hätten das Hausbesetzer-Problem verschleppt. Seit dem Zerfall der SPD/AL-Koalition wirkt Diepgen irritiert: Seiner Partei, die ihre Wahlkampfenergie vollständig auf Rot-Grün fokussiert hatte, ist unversehens das Feindbild abhanden gekommen.

Säuerlich äußerte Diepgen letzte Woche den „Verdacht“, daß es sich beim Bündnisbruch um ein „wahltaktisches Manöver“ der AL handle, die den Pakt mit der SPD „nur unterbrechen und nach dem 2. Dezember fortsetzen“ wolle. Immerhin sieht Renate Künast „nicht das grundsätzliche Ende einer rot-grünen Perspektive“, obschon die AL „nicht zu allen Bedingungen zu einer Neuaufgabe der Koalition bereit“ sei.

Die Berliner Senatspartner, die 610 Tage miteinander ausgehalten haben und mithin das dienstälteste rot-grüne Regierungsbündnis in Deutschland waren, hatten sich schon seit Monaten nur noch mühsam über die Runden geschleppt. Mögliche Bruchstellen, die immer wieder gekittet wurden, hatte es in Fülle gegeben.

Ob bei der Daimler-Benz-Ansiedlung in der neuen Stadtmitte am Potsdamer Platz, ob beim Bau einer Stromtrasse durch den Spandauer Forst, ob beim Konflikt um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2000 in Berlin – stets sah sich die AL von „Regierern“ Momper und seinen Sozialdemokraten in die Knie gezwungen.

Eine neue Machtprobe stand ohnehin bereits für diese Woche wieder an: Mit einem neuen Gutachten wollten Mompers Leute nachweisen, daß die AL-Umweltsenatorin Michaela Schreyer die bislang verweigerte Genehmigung für einen Forschungsreaktor am Hahn-Meitner-Institut erteilen müsse.

Daß die AL gerade jetzt und wegen der Hausbesetzer-Randale den Ausstieg suchte, kann der sozialdemokratische Bausenator Wolfgang Nagel nicht verstehen. Seit Amtsantritt des rot-grünen Senats habe es mehr als 40 Räumungen im Westen der Stadt gegeben, „die hat die AL entsprechend der Koalitionsvereinbarung immer mitgetragen“, obwohl sie auch in diesen Fällen „nie konsultiert“ worden sei.

Am selben Tag, als die Koalition zerbrach, wurde in Kreuzberg erneut ein besetztes Haus geräumt. Nagel: „Da hat die AL nicht protestiert, und es gab auch keinen Trouble.“

Abrüstung

## Keine Gegner, keine Feinde

In Paris beraten 34 Staats- und Regierungschefs über ein neues Europa – ein zweiter Wiener Kongreß?

**A**uf dem Rückflug aus Warschau gab sich der erschöpfte Außenminister erleichtert. Der Grenzvertrag mit Polen, vertraute Hans-Dietrich Genscher am Mittwoch voriger Woche seinen Begleitern an, erspare den Deutschen unangenehme Fragen beim Gipfeltreffen der 34 KSZE-Staaten.

Hätte sich Helmut Kohl nicht in letzter Minute durchgerungen, die Oder-Neiße-Grenze feierlich zu bestätigen, wäre das „historische Ereignis“ (Kohl) diese Woche in Paris doch noch von den alten Querelles allerhandes überschattet worden. „Vage und unterschwellig“, fürchtete Genscher, wären dann Zweifel an der Bereitschaft der Deutschen aufkommen, nach der Überwindung des Ost-West-Konfliktes eine neue Friedensordnung für Europa, vom Atlantik bis zum Ural, zu schaffen.

So aber können die Staats- und Regierungschefs in ihren auf zwölf Minuten begrenzten Statements die Ergebnisse der „Zwei plus Vier“-Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs als „Eckstein für die europäische Friedensordnung“ feiern.

Für den französischen Außenminister Roland Dumas ist der Jubelgipfel am Ende des Kalten Krieges „das wichtigste internationale Ereignis seit 1945“. Andere Politiker vergleichen die dreitägige Mammutkonferenz gar mit dem Wiener Kongreß von 1815, als Europa nach den napoleonischen Kriegen neu geordnet wurde. Und der amerikanische Außenminister James Baker prophezeite letzte Woche, im Konferenzzentrum an der Avenue Kléber werde diese Woche eine „transatlantische Versammlung von politischen Führern“ den „Mikrokosmos des neues Europa“ bilden.

Was noch vor Jahresfrist unvorstellbar schien, wird nun – zumindest in schönen Worten – dokumentiert: In einer „gemeinsamen Deklaration“ versichern sich die bisher verfeindeten Staaten von Nato und Warschauer Pakt „feierlich“, daß sie „keine Gegner mehr sind und einander die Hand der Freundschaft reichen“. Die „Ära der Konfrontation“ gehe mit dem „historischen Wandel in Europa“ zu Ende. Keine der mit Milliardenaufwand in den letzten vier Jahrzehnten beschafften Waffen werde „jemals eingesetzt – es sei denn zur Selbstverteidigung“. Der Ge-



„Unglaublicher Ausbruch von Gewalt“